



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/167 - 24. Juli 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zur Rede Edens	S. 1
Streitfragen der amerikanischen Innenpolitik	S. 3
Die Unruhe in der protestantischen Kirche	S. 5

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 896 890

## London und Bonn-zwei Welten

ler. Drei Stunden vor Beginn der aussenpolitischen Debatte im britischen Unterhaus hat der Bonner Botschafter in London dem britischen Aussenminister Selwyn Lloyd die Bedenken eines aufrüstungswilligen Bundeskanzler Adenauer gegen die beabsichtigte Reduzierung der britischen Truppenstärke in der Bundesrepublik und gegen eine, damit zusammenhängende Verringerung der vorgesehenen westdeutschen Divisionen von zwölf auf acht vorgetragen. Einen Einfluss auf das Konzept Edens scheint diese Intervention nicht gehabt zu haben. Denn der britische Premier stellte an die Spitze seiner Überlegungen, soweit sie Deutschland betreffen, die Möglichkeit einer "Begrenzung der militärischen Kräfte in bestimmten Gebieten", um damit erst die Voraussetzungen für ein weitergehendes Gespräch mit der Sowjetunion zu schaffen.

Eden ist ein Mann, der seine Wort wohl abwägt. Er ist kein Freund plötzlicher Entscheidungen. Er ist kein Dogmatiker, der sich den Veränderungen in der Umwelt verschliesst und stur auf einer Linie beharrt, die durch die Entwicklung überholt ist und sich nicht mehr verteidigen lässt. Grossbritanniens Stellung in der Welt hängt von dem Grad seiner Anpassungsfähigkeit in einer weltpolitischen Klima ab, das im Wandel ist. Grossbritannien als dritte Macht neben den beiden Weltmächten, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, kann sich nur behaupten, wenn es die Veränderungen mit in Rechnung stellt, die sich zwischen diesen beiden Rivalen ergeben. Eine das Verhältnis beider Weltmächte bestimmenden Hauptfaktor ist die Entwicklung der nuklearen Waffentechnik. Beide Mächte wurden gewissermassen schachmatt gesetzt, beide Mächte suchen

nach anderen Formen der Austragung ihrer Gegensätze, da sich die militärische Form von selbst ausgeschaltet hat. Wie oft wird es in der Bundesrepublik vergessen: Seit Genf haben die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion auf den Krieg als ein Mittel der Politik verzichtet.

Der britische Premierminister hat die Folgerungen umrissen, die sich für die britische Politik ergeben. Sie stehen unter dem Motto: Schrittweise Begrenzung der Weststreitkräfte, aber keine überstürzten Entscheidungen. Eine unmittelbare Auswirkung wird die besonders von der Labour Party verlangte Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht sein. Dafür sprechen auch wirtschaftliche Gründe. Die Erhaltung von Massenarmeen entziehen der Wirtschaft notwendige Arbeitskräfte und Geld - England ist aber nicht in der Lage, den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf zu bestehen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der bestehenden Truppenstärke. Außerdem sind seine politischen und militärischen Führungsschichten überzeugt, dass die Verlagerung des Schwergewichts von den klassischen zu den nuklearen Waffen ein nicht aufzuhaltender Prozess ist, der heute schon die sicherheitspolitischen Konzeptionen der USA und der Sowjetunion entscheidend mitbestimmt. Nicht fern ist mehr der Zeitpunkt, wo sich russische und amerikanische Soldaten an der Zonengrenze nicht mehr in der Weisse ihrer Augen sehen werden; die nukleare Waffentechnik gestattet es beiden Mächten, ihre militärischen Vorkehrungen in weit rückwärtigeren Räumen zu konzentrieren.

Edens Russlandbild ist ein anderes als das des offiziellen Bonn. Auch das ging aus seiner Rede hervor. Nach seiner Auffassung hat seit der Berliner Konferenz ein tiefgreifender Wandel in der internationalen Atmosphäre stattgefunden, der neue Möglichkeiten für verstärkte Bemühungen um eine politische Entspannung öffnet. Die Bonner Regierung bestreitet diesen Wandel, ihre Politik trägt alle Merkmale der Starrheit, sie tut so, als ob wir uns noch auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges befänden, sie trägt alle Züge einer Sygmann Rhee, jenem verbitterten Greis aus Seoul, über den die Geschichte hinwegging.

Wo bleibt der Bonner Beitrag für ein Weitertreiben der Entspannung, wo bleibt die Bereitschaft zur Einschaltung in das weltpolitische Gespräch um eine Verminderung der Gegensätze? Bonn beharrt auf Positionen, die sich mit jedem Tag als Hindernis für eine Verständigung erweisen, es will nun sogar die Mehrheit der westeuropäischen Union gegen Grossbritannien mobilisieren, in der törichten Hoffnung, sein 500 000-Mann-Heer doch noch zu bekommen. Durch seine Hartnäckigkeit, die sich dem von Eden gekennzeichneten Wandel in der internationalen Atmosphäre verschließt, läuft es Gefahr, von den neuen Strömungen in der Weltpolitik überspült

Eisenhower: populär + aber ohne Einfluss

O.L., New York, Ende Juli 1956.

Des republikanischen Jubels über Eisenhowers nun wohl endgültige Kandidatur ist kein Ende. Nun, da sie sicher sind und den Wahlsieg in der Tasche zu haben glauben, haben sie gegenüber dem angeblich so verehrten und beliebten Eisenhower die Haltung: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan... Denn in allen sachlichen und politischen Fragen, in denen es dem Präsidenten darauf ankommt, mit einem moralischen Erfolg vor die Wähler treten oder die Aussenpolitik gestalten zu können, haben die Republikaner im Kongress dem populären General die kalte Schulter gezeigt und vielfach das Gegenteil dessen getan, was er von ihnen, seiner eigenen Partei verlangte.

Das gilt vor allem von der für die amerikanische Aussenpolitik entscheidenden Frage der wirtschaftlichen Auslandshilfe. Seit Monaten geht der Kampf um sie. Je länger er dauert, desto grössere Schwierigkeiten hat der Präsident, eine entsprechende Summe durchzusetzen. Wenn alles gut geht, wird Eisenhower statt der geforderten fünf Milliarden, 4,1 Milliarden erhalten -- und das wird schon einen Sieg über seine eigene Partei bedeuten.

Dabei haben auch internationalistisch gesinnte Demokraten, die bisher immer für den Marshall-Plan und Auslandshilfe stimmten, immer weniger Lust, dem republikanischen Präsidenten Stimmen gegen seine eigene Partei zur Verfügung zu stellen, -- dies umso weniger als gerade im Mittelwesten immer wieder die Republikaner die Demokraten anklagen, dass diese für die Aussenpolitik Eisenhowers und die zu ihrer Durchführung notwendige Auslandshilfe eintreten. Umgekehrt haben internationalistisch gesinnte Republikaner wenig Neigung, sich bei den Wählern unpopulär zu machen, indem sie für Auslandshilfe stürmen. Denn es hat sich im Falle des von dem McCarthyisten und Isolationisten in Wisconsin bekämpften Senators Wiley gezeigt, dass Eisenhower keinen Finger für ihn gerührt hat. So ist die Auslandshilfe, in der gegenwärtigen Situation das wichtigste Werkzeug der amerikanischen Aussenpolitik, von des Präsidenten eigener Partei wesentlich verstümmelt worden.

Der verstandesmäßige nicht zu erklärende Gegensatz zwischen der unbestreitbaren Popularität Eisenhowers und seiner politischen Einflusslosigkeit in den wichtigsten politischen Fragen und vor allem gegenüber seiner eigenen Partei -- die, wenn der kranke Eisenhower nicht wieder

kandidierte, unzweifelhaft verloren wäre-- ist ein merkwürdiger Ausgangspunkt für die Präsidentschaftskampagne und eine der kennzeichnendsten politischen Anormalitäten in der gegenwärtigen Situation. Ob es dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten gelingen wird, diese politische Regelwidrigkeit zu benützen, um die Kandidatur Eisenhowers zu erschüttern, ist noch nicht abzusehen. Dass aber die Haltung der Republikaner in beiden Häusern des Kongresses bei der Kongresswahl eine grosse Rolle spielen wird, steht ausser Zweifel.

#### Unpopuläre Republikaner

Die Republikaner haben wenig Aussicht, die Mehrheiten im Senat und im Abgeordnetenhaus zurückzuerbern. Da selbst 1952 Eisenhowers Popularität nicht genügte, starke Mehrheiten in beiden Häusern zu erobern und diese 1954 wieder verloren gingen, obwohl der populäre Eisenhower an der Wahlkampagne für den Kongress lebhaften Anteil nahm, kann man annehmen, dass Eisenhower auch diesmal nicht in der Lage sein wird, für seine Administration eine parlamentarische Mehrheit im Kongress zu erreichen. Das ist selbst beim System der amerikanischen Demokratie, die den Präsidenten und die Administration von der Mehrheit des Kongresses unabhängig macht, eine Regelwidrigkeit: bisher hat jeder Präsident, der gewählt wurde, eine Mehrheit im Kongress "auf seinen Rockschössen" mitgeschleppt. Diesmal scheint es zumindest möglich, dass der populäre Eisenhower seiner unpopulären Partei nicht zur Mehrheit verhelfen kann.

Die Demokraten scheinen sich im letzten Augenblick vor Sessionschluss und Kampagne-Beginn entschlossen zu haben, einige Kampffragen für die Wahlkampagne aufzurollen. Der Beschluss über die Ausdehnung der Sozialversicherung- die Herabsetzung der Altersgrenze für Altersrenten von Frauen auf 62 Jahre und die Einführung einer Versicherung für Arbeitsunfähige im Alter von über 50 Jahren- hält sich an die beste Tradition des New und des Fair Deal. Der Kampf um öffentlichen Dammbau bei Halls Canyon, --ob Eisenhowers Widerstand gegen dieses für den Nordwesten lebenswichtige Projekt im letzten Augenblick Erfolg hat oder nicht-- bedeutet, dass die grundlegenden Fragen der Wirtschaftspolitik, vor allen die Verstaatlichung der Wasser- und Elektrizitätsbauten zu den wichtigsten Streitfragen im kommenden Wahlkampf gehören werden.

Der Kampf um die Entwicklung von Hells Canyon, der Höllenschlucht im Nordwesten, die seit Eisenhowers Wahlsieg dem Privatkapital überantwortet werden sollte, ist ein Kampf, an dem Eisenhower sehr viel liegt.

Während er in manchen Fragen der Aussenpolitik die Hilfe der Demokraten begrüsst und zum Teil Pläne ausführt, die von Truman entworfen wurden, steht er in wirtschaftlichen Fragen völlig auf republikanischer Seite. Den Kampf gegen das berühmte TVA hat er jedoch verloren: die Beteiligung privater Unternehmen an der Kraftversorgung des Tennessee-Tales hat mit einem solchen Skandal geendet, dass die von Eisenhower ausgewählte private Elektrizitätsgesellschaft nun den amerikanischen Bundesschatz wegen eines angeblichen Schadens von mehr als drei Millionen Dollars klagt. Nun wird der jahrelange Kampf um die Ausnützung der grossen Wasserkräfte von Hells Canyon in der Schlacht um die Präsidentschaft und die Kongressmehrheit entschieden werden.

So wird im Wahlkampf nicht allein die Frage von Eisenhowers Gesundheit oder die Popularität seines Lächelns zur Diskussion stehen. Die grossen sozialen und wirtschaftlichen Probleme drängen sich in den Vordergrund.

\* \* \*

#### Wehrpflichtdiskussion im Kirchenhaus

S. Die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht hat das evangelische Kirchenvolk tief beunruhigt. Hat sich die evangelische Synode gegen die Wehrpflicht ausgesprochen? Diese Frage bewegt die Protestanten so lebhaft, dass sich am Montagabend in Bonn etwas abspielen konnte, was bisher keine Parallele hat.

Auf die blossen Flüsterpropaganda, dass sich ein Streit zwischen dem Direktor der evangelischen Akademie Rad Boll und den Bonner Theologieprofessoren, Gollwitzer und Iwand, über das Zustandekommen der vieldiskutierten Unterschriftensammlung der Berliner Synode abzeichne, versammelten sich im ersten Stock eines Bonner Hotels in einem kleinen Gastzimmer zweihundert Menschen, die Tische mussten hinausgetragen werden, aber vor der Tür und auf der Strasse wuchs die Versammlung immer weiter an. In ihrer Verlegenheit griffen die Veranstalter den Vorschlag eines Bonner Geistlichen auf und verlegten daraufhin die Versammlung in die grösste Bonner Kirche, die fast bis in die letzten Bankreihen besetzt wurde.

Der Appell, nun in der bevorstehenden Diskussion "in Gottes Hause, vor Gottes Angesicht so zu sprechen, wie es Christen geziert", machte zunächst tiefen Eindruck. Nach weniger als 20 Minuten aber waren die

Leidenschaften so sehr geweckt, dass die grosse Gemeinde die Ausführungen der Theologen zu den Vorgängen auf der Berliner Synode mit Beifall, Missfallen und mit Zwischenrufen unterbrach. Die Versammlung dauerte bis kurz vor Mitternacht, nur einmal zogen einige Studenten aus Protest aus.

Akademiedirektor Müller versuchte zu beweisen, dass die Unterschriften der 62 von den 120 Berliner Synodalen auf unredliche Weise gesammelt worden und später in eine Abstimmung gegen die Wehrpflicht umgedeutet worden seien. Diese Darstellung wurde von den Professoren Gollwitzer und Iwand, wie auch alle anderen Einzelheiten, die Müller aus dem Verlauf der Tagung vortrug, leidenschaftlich und mit Empörung bestritten. Die Wahrheit ist, dass alle 62 Synodalen, die ihre Unterschrift gaben, Besorgnisse gegen die Einführung der Wehrpflicht geltend gemacht haben, nur dass für die einen die Besorgnisse ausreichten, die Wehrpflicht abzulehnen, während die anderen nach strenger Gewissensprüfung der Meinung gewesen sind, dass die Argumente für die Einführung der Wehrpflicht die geäusserten Besorgnisse noch übertreffen. Man kann also nicht sagen, dass sich eine Mehrheit der Synode gegen die Wehrpflicht ausgesprochen habe, diesen Eindruck haben die Synodalen, die ihre Unterschrift unter die Unterschriftensammlung setzten, auch nie erwecken wollen. Nur hat eben eine Mehrheit der Synodalen Besorgnisse gehabt und diese Besorgnisse wollte Müller offenbar mit seinem Angriff auf die "unkorrekten Machenschaften", unter denen die Unterschriftenliste zustande gekommen sei, in ihrer tiefen Wirkung auf das protestantische Kirchenvolk verkleinern.

Wer die Veranstalter der Diskussion waren, liess sich nicht genau klären. Sollten sie aber die Absicht gehabt haben, die Motive der Synodalen in ein ihnen genehmes Licht zu rücken, ist ihnen das misslungen. Die Bonner Versammlung stand in ihrer Mehrheit hinter Gollwitzer, und Iwand, die sich offen als Gegner der Wehrpflicht bekamen. Die Bonner Diskussion, auf der die Redner von der Kanzel herunter sprachen, wird zweifellos Folgen haben, schwere Auseinandersetzungen in der Synode sind zu erwarten - aber eines scheint festzustehen: dadurch, dass sich die Bonner Kirche aus der räumlichen Bedrängnis des Augenblicks entschied, die Diskussion im Kirchenhaus selbst zu führen, hat die Diskussion einen Anfang genommen, der deutlich die Überzeugung der Kirche bewies, dass sie in ihrem Rahmen auch diesem Sturm gewachsen sein wird.

\* \* \*

Verantwortlich: i.V. Albert Exler